

Und täglich grüsst das Murmeltier

Die Zuwanderung in die Schweiz erreicht neuerlich Rekordwerte. Als hätte es die erfolgreiche Masseneinwanderungsinitiative nie gegeben.

So darf es nicht mehr weitergehen», sagt SVP-Präsident Marcel Dettling. «Wir sind mit einer Rekordzuwanderung konfrontiert, während die Zahl offener Stellen so hoch ist wie noch nie. Das bedeutet nichts anderes, als dass unser Zuwanderungsregime den Fachkräftemangel nicht lindert, sondern verschärft», kritisiert der Schwyzer Politiker.

In den kommenden Tagen wollen Dettling und SVP-Fraktionschef Thomas Aeschi bei Justizminister Beat Jans (SP) vorsprechen und Druck machen. Die SVP fordert umgehend Massnahmen gegen das Asylchaos und die Massenzuwanderung. Das Thema ist hochbrisant, zumal das Bundesamt für Statistik (BfS) bestätigt hat, dass die Zuwanderung im letzten Jahr alles Bisherige übertraf.

«Tour de Schiss»

Insgesamt wuchs die Bevölkerung der Schweiz 2023 offiziell um 147.000 Einwohner. Wenn man die 30.000 Asylbewerber dazuzählt, die nicht in dieser Statistik enthalten sind, waren es sogar 177 000. Und es geht im gleichen Stil weiter, auch wenn Jans' Staatssekretariat für Migration (SEM) alles kleinredet. Fakt ist: Der Zustrom ist auch 2024 hoch. Bis Ende Juni drängten über Personenfreizügigkeit und Asylbereich weitere 55.000 Migranten ins Land.

Seit der Abstimmung über die MEI ist die Schweiz schneller gewachsen als jemals zuvor.

Vor über zehn Jahren stimmten die Bürger über die Masseneinwanderungsinitiative (MEI) ab. Die Vorlage verlangte eine Einwanderungsbremse. Die Schweiz nahm das Volksbegehren an, obwohl der Bundesrat, die Mehrheit des Parlaments und die Wirtschaft davor gewarnt hatten, allen voran die damals für Migration zuständige Bundesrätin Simonetta Sommaruga (SP), die auf einer «Tour de Schiss» dagegen trommelte.

Bei der Debatte im Nationalrat zum Thema Wohnungsmarkt versuchte sie die Argumente der Initianten mit folgenden Worten zu entkräften: «Ja, es stimmt, es gibt Regionen in der Schweiz, in denen günstiger Wohnraum rar geworden ist. Es genügt aber nicht, wenn wir uns darüber beklagen: Wir müssen etwas tun! Städte und Kantone tun einiges, und wir müssen sie dabei unterstützen.» Stichwort Verkehr: Ja, Züge und Strassen seien teilweise überlastet. Dies sei aber nicht nur wegen der Zuwanderung so. Viele würden über weite Strecken pendeln. Das habe Auswirkungen auf die Infrastruktur.

Die MEI wurde nie umgesetzt. Stattdessen wurde 2018 ein sogenannter Inländervorrang eingeführt. In Berufen mit hoher Arbeitslosigkeit sollten fortan inländische Arbeitslose bei gleicher Qualifikation einen Vorrang haben. Dass sich damit die Zuwanderung drosseln lasse, glaubte wohl nicht einmal der geistige Vater des Inländervorranges, der Solothurner FDP-Nationalrat Kurt Fluri. Mitte-Präsident

Gerhard Pfister sagt heute im Rückblick, dass seine Partei bei der Beratung zur Umsetzung der MEI darauf hingewiesen habe, dass die «Umsetzung» durch einen Inländervorrang eine Alibiübung sei. Die CVP brachte als Vorschlag die Idee einer Schutzklausel auf, die Pfister vergangene Woche wieder in den Vordergrund rückte.

Alle Probleme haben sich verschärft

Seit der Abstimmung über die MEI ist die Schweiz schneller gewachsen als jemals zuvor. Die Zahl der Ausländer stieg von 1,9 Millionen auf 2,3 Millionen. Sie wäre noch viel höher, wenn in dieser Zeit nicht gegen 400.000 Zugezogene eingebürgert worden wären. Insgesamt leben inzwischen neun Millionen Menschen in der Eidgenossenschaft. Diese Einwohnerzahl hätte man laut BfS erst im Jahr 2040 erreichen sollen. Das bringt selbst ein reiches Land wie die Schweiz wirtschaftlich und sozial an den Anschlag.

Denn alle Probleme, die Sommaruga bei der Zuwanderungsdebatte 2013 relativierte, haben sich seither massiv verschärft. Ein kurzer Überblick über den helvetischen Albtraum: 2023 wurden auf dem gesamten Nationalstrassennetz 48.800 Staustunden registriert, das ist im Vergleich mit den zurückliegenden Jahren ein absoluter Höchstwert. Das Bahnnetz ist ständig überlastet und muss mit zweistelligen Milliardenbeträgen weiter ausgebaut werden. Die Wohnungsnot ist akuter denn je.

Wenn es für Regierung und Parlament aus der Niederlage bei der Masseneinwanderung eine Lehre zu ziehen gilt, dann vor allem diese: Bei einem starken Bevölkerungswachstum erodiert die Akzeptanz der Personenfreizügigkeit. Leider ist man weiterhin auf dem falschen Dampfer unterwegs.

Von Hubert Mooser, Weltwoche

<https://weltwoche.ch/story/und-taeglich-gruesst-das-murmeltier/>